

# Parteien zur Wahl



*„Angenommen, Sie sind nach der Bundestagswahl an der Regierung beteiligt ...“ Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD beantworten zwölf Fragen der Nachrichten aus der Chemie und des Verbands Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.*

## **Wie sollen der Bund und die Länder kooperieren, damit die Hochschulfinanzierung gesichert ist, und wie stehen Sie zu Bundesuniversitäten?**

Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen das Kooperationsverbot durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir es bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, indem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden. Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

## **Welche Förderprogramme planen Sie, welche stellen Sie auf den Prüfstand, und was folgt auf die Exzellenzinitiative?**

Wir wollen die Zivilgesellschaft stärker als bisher in die Festlegung und die finanzielle Ausstattung von Forschungszielen einbinden. Zu diesem Zweck wollen wir einen Wissenschaftsfonds einrichten, durch den partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung zusätzlich unterstützt werden können. Für die Zeit nach der Exzellenzinitiative und zur Zukunft des Wissenschaftssystems erstellt der Wissenschaftsrat derzeit ein umfangreiches Gutachten.

## **Wie wollen Sie den Stellenbefristungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entgegen wirken, für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und den Mittelbau stärken?**

Das Prinzip der „Guten Arbeit“ muss auch in Wissenschaft und Forschung gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im Wissenschaftszeitvertragsgesetz Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

## **Welche Voraussetzungen für bessere Studienbedingungen, geringere Abbruchquoten und bessere Lehre werden Sie schaffen?**

Das Thema gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen. Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein.

## **In welchem Rahmen wollen Sie außerschulische Lernorte und Schülerlabore fördern und finanzieren?**

Wir setzen uns ein für eine Stärkung regionaler Bildungslandschaften in der Breite. Diese Kooperationen müssen offen sein für alle Akteure. Für die Ausgestaltung der Schulpolitik sind im Übrigen nach dem geltenden Grundgesetz die Bundesländer verantwortlich.

## **Welchen Stellenwert messen Sie der Grundlagenforschung bei, und welche Rolle spielen hierbei außeruniversitäre Forschungseinrichtungen?**

Wir bekennen uns unmissverständlich zur Freiheit der Forschung. Grundlagenforschung ist für uns ein Wert an sich und bedarf keiner ökonomischen Rechtfertigung. Sie ist Basis aller weiteren Arbeiten insbesondere in Bezug auf stärker anwendungsorientierte Fragestellungen. Die außeruniversitären Forschungsorganisationen sind wesentliche Impulsgeber und Förderer der Grundlagenforschung.

Wir wollen über die Förderung der außeruniversitären Forschung hinaus die Hochschulen wieder stärker in die Lage versetzen, eigene Grundlagenforschung zu betreiben und zu fördern.

**Was planen Sie zu den Overheadkosten, die anfallen, wenn Hochschulen und Industrie zusammen forschen?**

Wir wollen verhindern, dass Erfolge der Hochschulen im Wettbewerb um Forschungsmittel zulasten der Aufgabenerfüllung der Hochschulen in anderen Tätigkeitsfeldern wie etwa der Lehre gehen. Der aktuelle Stand der Overhead-Finanzierung bildet noch nicht das wahre Kostengeschehen auf Seiten der Hochschulen ab. Unser Ziel ist es, dass zu allen öffentlichen Mitteln der Projektförderung auch eine Overhead-Finanzierung erfolgt, welche die faktischen – administrativen – Kosten für Forschungsprojekte umfassend abdeckt.

**Wie wird Ihre Förderung der Forschung und Entwicklung in der Industrie aussehen, und welche Rolle spielen dabei die kleinen und mittleren Unternehmen?**

Die aktuelle Bundesregierung hat trotz großspuriger Ankündigungen bis heute keinen Entwurf zur Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung vorgelegt. Wir hingegen werden neben der Projektförderung eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommt.

**Wie werden Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Industrie anpassen?**

Zukunft des EEG:

Die SPD will den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Wir wollen eine grundlegende Reform des EEG.

Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung übernehmen.

Wir werden den Klimawandel bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95% unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unbedingte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) erarbeiten.

**Welche Strategie verfolgen Sie beim Atommüll und welche beim Fracking?**

Atommüllendlager:

Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Fracking:

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der Fracking-Technologie zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden.

Wir setzen auf eine umfassende Förderung von Wissenschaft und Forschung. Grenzen finden Wissenschaft und Forschung vor allem dort, wo Risiken für Umwelt und Mensch bestehen. Exzellenz muss das zentrale Kriterium bei der Vergabe von Mitteln der Forschungsförderung sein. In der synthetischen Biologie bieten sich interessante Forschungsfragen, deren Bearbeitung wir fördern wollen.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch weiterhin gut ausgebildete Wissenschaftler für die verschiedenen Organismengruppen (insbesondere Taxonomie) gibt, damit Deutschland den Verpflichtungen der Biodiversitäts-Konvention nachkommen kann?**

Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern. Durch die Erweiterung der finanziellen Spielräume der Hochschulen leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in allen Forschungsfeldern zu verbessern.